

Protokoll der 103. Sitzung des rbb-Rundfunkrates - öffentlich

Datum:	5. Juli 2018
Ort:	Berlin
Beginn der Sitzung:	16:00 Uhr
Ende:	18:40 Uhr

Leitung: Friederike von Kirchbach

Protokoll: Petra Othmerding

Teilnehmer

Mitglieder des Rundfunkrates

Akyol, Hasan
Amsinck, Christian
Auster, Regine
Eschen, Barbara
Fernengel, Beate (*abwesend*)
Geywitz, Klara
Goiny, Christian
Hein, Prof. Birgit
Herzog-von der Heide, Elisabeth
Kirchbach, Friederike von
Köppen, Dr. Martina
Kolland, Dr. Hubert
Lamers, Steffie
Lange, Brigitte
Opitz, Monika
Pienkny, Dieter
Rennert, Prof. Martin
Scherfke, Wolfgang (*abwesend*)
Schöneburg, Dr. Volkmar
Seidel, Regina
Senftleben, Ingo (*abwesend*)
Stumpfenhusen, Susanne
Ullrich, Ariane
Weber, Markus (*abwesend*)
Zarth, Carola
Zenker, Babette
Zimmermann, Frank

Mitglieder des Verwaltungsrates

Althausen, Bertram (*abwesend*)

Bakir, Suat

Eikermann, Lilly

Grygier, Dr. Bärbel (*abwesend*)

König, Dorette (*abwesend*)

Quoos, Jutta (*abwesend*)

Schnell, Dr. Heidrun (*abwesend*)

Wolf, Wolf-Dieter (*abwesend*)

Vertreter des Personalrates

Hartmann, Eduard

Matthews, Melanie (*abwesend*)

Vertreter der Rechtsaufsicht

Reupke, Dr. Dieter (*abwesend*)

Czemper, Jan (*abwesend*)

Geschäftsleitung:

Brandstätter, Hagen

Spading, Michael

Lange, Susann

Schlesinger, Patricia

Schulte-Kellinghaus, Dr. Jan

Singelstein, Christoph

Leiterin der Intendanz

Formen-Mohr, Verena

Gremiengeschäftsstelle

Othmerding, Petra

Städling, Jana

Tagesordnung der 103. Rundfunkratssitzung am 5. Juli 2018

(Entwurf)

- TOP 01** **Regularien**
- TOP 02** **Bestätigung des Protokolls**
102. Sitzung des Rundfunkrates, 12. April 2018
- TOP 03** **Bericht der Intendantin**
- TOP 04** **GVK, 16.-17. April 2018 in Bremen**
• **Friederike von Kirchbach**
- TOP 05** **GVK/GVK-Finanzausschuss/3-satGremientreffen/
ARD-ZDF-Gremientreffen, 21. Juni - 22. Juni 2018 in München**
• **Friederike von Kirchbach**
- TOP 06** **Sitzung des Programmausschusses**
3. Mai 2018
• **Babette Zenker**
21. Juni 2018
• **Dieter Pienkny**
- TOP 07** **Programmbeschwerde: Inforadio Zwölfzweiundzwanzig,
17. Februar 2018**
- TOP 08** **Programmbeschwerde: Kontraste, 18. Januar 2018**
**„Wie die privaten Krankenversicherer gegen die
Bürgerversicherung Front machen“**
- TOP 09** **Programmbeschwerde: Kontraste, 18. Januar 2018**
„Klimaleugner - Aus der Nische in den Bundestag“
- TOP 10** **Programmbeschwerde: Tagesthemen, 8. Januar 2018**
- TOP 11** **Programmbeschwerde: Inforadio, 20. November 2017**
- TOP 12** **ARD-Programmbeirat**
8./9. Mai 2018 in München + 6./ 7. Juni 2018 in Köln
• **Brigitte Lange**
- TOP 13** **Programmbeirat ARTE Deutschland, 19./20. Juni 2018 in
Hamburg**
• **Dieter Pienkny**
- TOP 14** **Programmbeirat ARTE G.E.I.E., 28. Juni in Mainz**
• **Dr. Martina Köppen**

nichtöffentlich

TOP 15 **Aktueller Stand Leitbild**
• **Patricia Schlesinger**

Öffentlich

TOP 16 **Verschiedenes**

TOP 01 Regularien

Frau von Kirchbach begrüßt die Intendantin, die Mitglieder des Rundfunkrates, die Mitglieder des Verwaltungsrates, die Mitglieder der Geschäftsleitung, die Vertreterin des Personalrates, die Kolleginnen der Gremiengeschäftsstelle und die Öffentlichkeit.

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form genehmigt.

Frau von Kirchbach verweist auf die Tischvorlage von Dieter Pienkny zur Sitzung des Programmbeirates ARTE Deutschland vom 19./20. Juni 2018 in Hamburg. Sie erläutert das Prozedere der Neukonstituierung des Rundfunkrates im Februar 2019. Im August werde ein Brief an die entsendungsberechtigten Organisationen versandt, in dem sie aufgefordert würden, ein Mitglied in den Rundfunkrat zu entsenden. (nachrichtlich: Versand des Briefes am 15. August 2018) Die jeweiligen Institutionen hätten dann drei Monate Zeit, ein Mitglied für die kommende Amtsperiode 2019 - 2023 zu benennen.

TOP 02 Bestätigung des Protokolls der 102. Sitzung des Rundfunkrates am 12. April 2018

Das Protokoll wird in der vorliegenden Form bestätigt.

TOP 03 Bericht der Intendantin

Frau Schlesinger stellt ihren Bericht vor und präsentiert einen Film über die Programmhighlights der vergangenen drei Monate. (Anlage 1)

Herr Dr. Schulte-Kellinghaus präsentiert rbb24. (Anlage 2)

Herr Zimmermann merkt zum Thema Presseähnlichkeit an, der ausgehandelte Kompromiss sei gut und tragfähig. Dennoch werde dies ein Rechtsproblem sein. Er fragt, in wessen Auftrag die Professoren Hain und Dörr vor das Bundesverfassungsgericht zögen, wenn sie es denn tatsächlich tun, und ob sich irgendjemand, der an diesem Kompromiss beteiligt sei an einer Klage beim Bundesverfassungsgericht beteilige bzw. wer das sei.

Zum Thema Vollindexierung des Beitrages führt er aus, dass er diese Indexierung für noch nicht ausgemacht halte. Es sei zu klären sei, ob man eine ganz andere Systematik der Beitragsfindung wolle und damit vor der Öffentlichkeit ein gut eingeführtes Preisfindungs- und Kontrollsystem zu Gunsten eines Automatismus aufgeben solle. Er bezweifle, dass dies politisch auf Dauer weiterhelfe. Die Aufzählung der Länder habe gezeigt, dass Berlin nicht dabei sei.

Offenbar sei geplant, den öffentlich-rechtlichen Auftrag auf Kultur, Bildung und Wissenschaft zu beschränken. Aus seiner Sicht sei dies extrem fahrlässig. Wenn es dann zu Auseinandersetzungen der Finanzierung käme, stünden die Chancen für

das öffentlich-rechtliche System schlechter als jetzt. Insofern müsse man diesen Vorschlag besonders kritisch betrachten.

Frau Schlesinger stimmt Herrn Zimmermann in seiner Bewertung hinsichtlich einer Einschränkung des Auftrages zu. Sie halte diese Entwicklung ebenfalls für extrem gefährlich, weil man auf diese Weise den Zuspruch und den Zugang einer bestimmten Bevölkerungsgruppe verlöre. Menschen, die nicht ausschließlich Bildung, Information und Dokumentation konsumieren wollten, hätten darüber hinaus ein Recht darauf, kluge und gut gemachte Fiktion zu erhalten.

Zur Vollindexierung erläutert sie, sie sei zwar zunächst nur eine Überlegung, die allerdings inzwischen diskutiert werde. Daher sei es ihr wichtig, die Gremien in diese Diskussion einzubeziehen. Sieben Länder seien bislang dabei. Vor Oktober jedoch werde diese Diskussion nicht fortgesetzt.

Zum Verbot der Presseähnlichkeit antwortet sie, den Text nicht mehr in den Vordergrund stellen zu können, sei für den rbb eine Einschränkung. Für viele Sender sei das Problem allerdings wesentlich größer. Sie prognostiziert, dass die Schlichtungsstelle künftig sehr viel zu tun haben werde. Die momentane Formulierung berge viele interpretationsfähige Formulierungen und Unwägbarkeiten auf beiden Seiten. Man sei also noch lange nicht bei einem zufriedenstellenden und tragfähigen Kompromiss angelangt.

Auch **Susann Lange** stimmt Herrn Zimmermann zu und geht auf seine Frage nach der Verfassungsbeschwerde der Professoren Hain und Dörr ein: Momentan sei nicht bekannt, ob und in welchem Auftrag es eine solche Verfassungsbeschwerde geben werde und worauf sie sich konkret beziehe. Eine Verfassungsbeschwerde der ARD gegen den neuen Telemedienauftrag hält sie für unwahrscheinlich, da der ARD-Vorsitzende das Modell öffentlich akzeptiert habe. Unabhängig davon betreibe der NDR das Bundesverfassungsgerichtsverfahren gegen das Urteil zur Tagesschau-App weiter.

Zum Indexierungsmodell ergänzt Susann Lange, laut Bundesverfassungsgericht wäre ein solches Modell verfassungsrechtlich grundsätzlich möglich. Die Frage sei, wie der Auftrag der öffentlich-rechtlichen Rundfunksender und das diesbezügliche Verfahren dann ausgestaltet wäre und wer die auftragsgemäße Finanzierung kontrolliere. Die Verbindung zwischen der Finanzierung und dem Auftrag sei nicht nur in Bezug auf das deutsche Verfassungsrecht, sondern auch im Hinblick auf das Beihilferecht der EU von Relevanz.

Frau von Kirchbach informiert, in der Rundfunkratsklausur habe Herr Prof. Hain erklärt, dass er eine Klage beabsichtige.

Brigitte Lange bestätigt, sie finde den Vorschlag der Länder nicht nur fahrlässig, sondern auch unzulässig. Ihr sei ein Ergebnis der GVK-Repräsentativumfrage, die Akzeptanzstudie 2018, übermittelt worden. Darin sprächen sich mehr als zwei Drittel der Bevölkerung in Deutschland für die ARD aus und schätzten den Rundfunk für alle freizugänglich und mit verbindendem Charakter. Danach stehe

die ARD für Qualitätsjournalismus. Es gebe einen starken Rückhalt der Bevölkerung auch und gerade für die Sportberichterstattung. Die Vielfalt könne nicht einfach durch die Politik reduziert werden. Daher appelliert sie an die Rundfunkräte, sich dafür stark zu machen, dass sich die Politik zurückzunehmen habe.

Frau Auster ergänzt aus Sicht einer intensiven Zuschauerin, Hörerin und Leserin des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zum Thema Presseähnlichkeit, das ZDF habe sich keinen Gefallen damit getan, dass man in den Nachrichten nur noch Überschriften und zwei Sätze finde. Sie wolle die Intendantin und die ARD-Kolleginnen und Kollegen in der ARD ermuntern, für sendungsbezogene Texte zu streiten. Ansonsten verlöre der öffentlich-rechtliche Rundfunk Nutzer. In der Print-Presse fielen ihr zunehmend Videos auf, über die sich niemand beschwere. Umso weniger könne sie nachvollziehen, dass man vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk verlange, die Texte einzusparen. Sie verstehe nicht, dass die Politik vor einer einzelnen wirtschaftlichen Interessengruppe einen solch starken Kniefall gemacht habe. An erster Stelle hätten die Interessen der Beitragszahlerinnen und Beitragszahler zu stehen, die den öffentlich-rechtlichen Rundfunk schließlich finanzieren. Wirtschaftliche Interessen stünden dabei an hinterer Stelle. Sie wolle nicht, dass sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk zu einer Art Bildzeitungs-Rundfunk entwickle.

Frau Dr. Köppen stimmt darin zu, dass die Beschränkung des Umfangs vollkommen indiskutabel sei. Sie fragt nach dem Zeitplan und den nächsten Schritten. Auf europäischer Linie gebe es noch ca. drei Mitglieder der EU, in denen zusätzliche Diskussionen zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk stattfänden. Sie fragt nach dem aktuellen Stand in Bezug auf die Reaktion der deutschen Politik auf die europäischen Entwicklungen. Die Begrenzung des Umfangs des öffentlich-rechtlichen Auftrages müsse intensiver an die Bevölkerung herangetragen werden. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk müsse mehr Werbung für sich machen. Es müsse thematisiert werden, inwiefern die Bevölkerung mit einer solchen Begrenzung einverstanden ist. Dazu wüsste sie sich eine breitere Diskussion.

Frau Schlesinger antwortet zum Zeitplan, vor Oktober werde nichts passieren. Wann final entschieden werde, stehe jedoch noch nicht fest. Es sollte eine einstimmige Entscheidung sein, alles andere ziehe auch niemand ernsthaft in Erwägung, obwohl es rein theoretisch die Möglichkeit eines geteilten Beitragssystems gebe. Das jedoch wäre das Ende eines gemeinschaftlichen öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems und damit auch der ARD. Nach ihrer Prognose werde es bis zur Entscheidungsfindung noch einige Zeit dauern. Die nächste Beitragsperiode werde nach dem bekannten Verfahren mit der KEF ausgehandelt. Nach einer Einigung betreffe das erst die nächste oder übernächste Beitragsperiode, in der es unter Umständen eine Beitragsindexierung geben könnte.

Die europäische Diskussion werde selbstverständlich wahrgenommen. Allerdings inspiriere das nicht unbedingt die politische Diskussion hier. Die deutsche Politik reagiere zwar auf die Entwicklungen in den einzelnen europäischen Ländern, initiiere aber die Diskussion nicht.

Frau Dr. Köppen erläutert, die Diskussion werde durch die europäischen Länder nicht beeinflusst. Sie befürchte jedoch, in ein bestimmtes Fahrwasser zu geraten, je mehr europäische Länder sich an dieser Diskussion beteiligten. Daher wüsste sie sich eine Strategie zum Umgang des deutschen öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit der Diskussion auf europäischer Ebene.

Frau Schlesinger erläutert, dass Deutschland im Gegensatz zu den Österreichern und Schweizern Werbung für das eigene Programm machen könne. Im Zuge der No Billag-Abstimmung habe der Schweizer ÖR nicht für sich werben und Stellung beziehen können. Die ARD habe eine Public-Value-Kampagne gestartet, die zwar noch nicht die Schlagkraft und den Umfang habe, den sie sich persönlich wünsche. Aber man spreche mit allen öffentlichen Gruppen und Institutionen, mit der Politik, mit den Gewerkschaften und Kirchen und bittet um Unterstützung. Ohne die Unterstützung durch die Öffentlichkeit, wäre das der Tod auf Raten für das öffentlich-rechtliche System. Man wäre in diesem Fall nur noch ein Nischenprogramm, dessen mangelhaftes Vorbild dann beispielsweise die USA oder Israel wären.

Herr Amsinck erklärt, die Herangehensweise, bestimmte Bereiche nach vorn zu stellen und andere gar nicht mehr in die Grundversorgung mit einzubeziehen, sei rätselhaft. Beim Sport seien die Einschaltquoten nach wie vor sehr hoch. Insofern stelle sich die Frage, was mit dieser Diskussion bezweckt werden solle. Er könne sich nicht vorstellen, dass die Politik eine Diskussion durchhalte, wonach im öffentlich-rechtlichen Rundfunk kein Sport - also hauptsächlich Fußball - ausgestrahlt werde. Er halte das für geradezu ausgeschlossen. Man könne nur vermuten, dass hier ein Prozess angestoßen werden solle, durch den die Sender deutlicher heraus arbeiten sollten, was unverzichtbar sei und wie trotz des begrenzten Budgets ein attraktives Programm gestaltet werden könne. Es sei schwer vorstellbar, dass die ARD, das ZDF oder die Politik auf den Sport in den öffentlich-rechtlichen Kanälen künftig verzichten wollten.

Frau Schlesinger antwortet, weder Unterhaltung noch Sport seien ausgeschlossen, jedoch auch nicht explizit eingeschlossen. Wenn indexiert würde und sich das Budget auf die klassischen Felder Information und Bildung konzentrierte, Unterhaltung und Sport nicht mehr inkludiert wären, bestünde dennoch die Möglichkeit für Sport und Unterhaltung. Allerdings fiel das im Worst Case als erstes heraus. Der Sport-Etat in der ARD sei gedeckelt. Hintergrund sei, dass kommerzielle Sender ein Interesse hätten, die Öffentlich-Rechtlichen als Konkurrenten loszuwerden - sowohl im Programm als auch als Mitbieter um Sportrechte. Man erinnere sich noch an die Empörung, als plötzlich die Olympischen Spiele oder auch Fußballspiele nicht mehr frei empfangbar gewesen seien, sondern nur noch auf Sky. Hinter diesem Konkurrenzkampf stünden harte wirtschaftliche Interessen. Deswegen sei es extrem wichtig, auch und gerade den Sport in seinen vielfältigen Facetten zu erhalten.

Susann Lange ergänzt, es sei gerade das Ziel, die Diskussion nicht jetzt zu entfachen, sondern es in die Hände der Sender zu legen. Wenn das Geld nicht mehr reiche, müssten die Sender entscheiden. Das Ziel der Länder sei es nicht gewesen, die Diskussion auszulösen.

Das Indexierungsmodell werde grundsätzlich von der ARD befürwortet. Man habe auch durchaus Verständnis für die Idee, sich nicht alle zwei Jahre diesen Angriffspunkten über die Finanzierung auszusetzen. Insofern sei ein Indexierungsmodell mit mehr Planungssicherheit ohne das aufwändige KEF-Verfahren durchaus im Interesse der ARD. Der Vorschlag der Länder beinhalte allerdings weitaus mehr, nämlich die Reduzierung des Auftrages, der generell in die Hände der Sender und ihrer Gremien gelegt werden solle. Die Rolle der KEF wäre somit ein Stückweit durch den erweiterten Drei-Stufen-Test ersetzt. Danach bezöge sich dieser nicht nur auf die Telemedienangebote, sondern auf alle neuen Angebote im Hörfunk und Fernsehen, die die Gremien unter Berücksichtigung der marktlichen Auswirkungen zu genehmigen hätten. Dies schaffe aus juristischer Sicht, aber auch aus praktischer Sicht enorme Probleme.

Laut Bundesverfassungsgericht wäre ein Indexierungsmodell verfassungsrechtlich grundsätzlich möglich. Die Frage sei, wie es dann zu einem vernünftigen Auftrag käme und wer die auftragsgemäße Finanzierung kontrolliere. Die Verbindung zwischen der Finanzierung und dem Auftrag sei im Moment auch auf EU-Ebene entscheidend. Würde man über Gebühren finanziert, handelte es sich um eine widerrechtliche staatliche Beihilfe. Es gehe darum, wie man in einem Indexierungsmodell eine Verbindung schaffe, einen Auftrag zu haben, für den jemand zuständig sei. Das könnten aus Sicht der ARD nicht die Sender selbst, sondern die Länder sein. Und es müsste geklärt werden, wer diese auftragsgemäße Finanzierung kontrolliere.

Frau Lamers ergänzt, bereits im Finanzausschuss habe sie deutlich gemacht, dass es immer um die Frage gehe, wie der Rundfunkbeitrag in der Öffentlichkeit diskutiert werde. Man müsse aufpassen, dabei nicht in eine Schräglage zu geraten. Wenn der Vorschlag umgesetzt werde, dass sich der Rundfunkbeitrag jährlich an der Inflationsrate orientiert, dann wäre es ein guter Diskussionsansatz. Sie befürchte jedoch, die Diskussion entwickelte sich negativ, wenn wirklich die Empfehlung der Politik wahrgenommen würde, dass man den Sport und Unterhaltung einschränke. Damit zwingt man die Hörer und Zuschauerinnen zu Sky zu wechseln, jedoch müsste der Rundfunkbeitrag dennoch bezahlt werden. Sport würde auf Sky gesehen, gleichzeitig jedoch auch das gute Filmangebot, bei dem die Sender nicht so gut mithalten könnten. Insofern geriete man an dieser Stelle schnell in eine Schiefelage. Man müsse also an diesem Punkt sehr sensibel sein und dafür sorgen, dass sich dieses Thema nicht in die falsche Richtung entwickle.

Frau Schlesinger stimmt darin zu. Man werde die Diskussionen nur überstehen, wenn die Finanzierung für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk dauerhaft sei und man das vollständige Angebot weiterhin erhalten und anbieten könne.

Herr Dr. Kolland unterstreicht die Wichtigkeit dieser Diskussion im Rundfunkrat. Man sollte sich vorbehalten, zum richtigen Zeitpunkt eine eigene Erklärung abzugeben und sich als rbb-Rundfunkrat zu positionieren, um die Diskussion in Berlin und darüber hinaus voranzubringen.

Herr Akyol möchte sich auch im Rundfunkrat zu dem Film „Unterwerfung“ äußern, auch wenn im Programmausschuss bereits ausführlich darüber diskutiert worden sei. Mit diesem Film habe man den Vorurteilen in der Gesellschaft bedauerlicherweise eher Vorschub geleistet. Er habe die Thematisierung in diesem Film über die wirklich gravierenden Probleme in Frankreich vermisst, die jederzeit auch nach Deutschland überschwappen könnten. Es sei herausgearbeitet worden, dass irgendwann die Muslime an die Macht kämen und die Polygamie eingeführt werde. Frau Zöllner habe dazu erklärt, dass es sich um eine Provokation handele. Er frage sich allerdings, wer hier provoziert und was damit erreicht werden solle und vor allem, was damit in die Gesellschaft transportiert werde. Er äußere seine Meinung nicht als Rundfunkratsmitglied, sondern als Beitragszahler. Das Geld dieser Produktion hätte man besser in andere Zwecke oder andere gute Filme investieren können. Möglicherweise aber habe er die Intention des Films anders verstanden und könne noch überzeugt werden.

Dieter Pienkny antwortet, im Programmausschuss habe es dazu eine größere Debatte gegeben. Der Zugang zu diesem Film sei sehr unterschiedlich gewesen. Er habe dem ARD-Programmdirektor ein großes Kompliment für dieses Wagnis und dieses Experiment ausgesprochen. Dass die Resonanz etwas geringer war, habe auch daran gelegen, dass die Zuschauer eher Kriminalfilme gewohnt seien und sich vermutlich mit dieser Darstellung etwas schwer getan hätten. Dennoch sollte sich die ARD nicht davon abhalten lassen, weiterhin experimentierfreudig zu sein. Gerade dies unterscheide die ARD und das ZDF als öffentlich-rechtliches Feld, auf dem experimentiert werde und auf dem auch mal etwas gewagt werden dürfe. Es sei eher unwahrscheinlich, dass RTL oder ProSieben derartiges sendeten.

Frau Dr. Köppen ergänzt, sie finde alle Angriffe feministischer oder sonstiger Art gegen das Buch und gegen den Film unangemessen. Dies werde der bösen Satire, der Ironie und der Doppelbödigkeit nicht gerecht. Sie könne diese Kritik nicht nachvollziehen.

Herr Dr. Schulte-Kellinghaus antwortet, die Ausführlichkeit der Diskussion im Programmausschuss habe ihm gezeigt, wie wichtig dieses polarisierende Experiment gewesen sei, auch weil es die Menschen herausgefordert habe. Der Autor selbst habe über sich gesagt, er sei Meister der absoluten Schläffheit. Es gehe bei seinen Figuren immer wieder um den Kampf der Selbstbehauptung. Es gehe nicht so sehr um den Islam selbst, sondern er diene lediglich als Projektionsfläche. Das Ganze sei eine Fiktion. Weder gehe es darum, etwas zu lernen noch würden Tatsachen über den Islam oder die Situation in Frankreich behauptet. Vielmehr gehe es darum, einen Menschen zu zeichnen, dem jeder Selbstbehauptungswille fehle, was das Problem in unserer Demokratie ist oder sein könnte. Dies sei das eigentliche Thema dieses Films gewesen. Es sei in mehrfacher Hinsicht ein ungewöhnliches Experiment gewesen, in dem ein Theaterstück mit fiktionalen Szenen kombiniert worden sei. Dafür sei mit fast zwei Millionen Zuschauern die Aufmerksamkeit geradezu enorm. Allein die Resonanz in der Presseschau spreche für sich.

Dieter Pienkny lobt die gelungene Reportage mit Frau Giffey, die ihn sehr überzeugt habe.

Er kritisiert beim Mittagmagazin den langen Block von bis zu fünf Katastrophen am Stück, dem sich am Ende ein bunter Block anschließt. Seiner Meinung nach fehlten der Sendung „Ausruhtemen“ und vor allem Kulturthemen.

Herr Dr. Schulte-Kellinghaus bedankt sich für die Anregung, die er gern mitnimmt.

Frau Geywitz berichtet, sie sei Anfang Juni bei den deutsch-polnischen Medientagen in Stralsund gewesen. Dort habe Jan Pallokat den deutsch-polnischen Tadeusz-Mazowiecki-Journalistenpreis 2018 über das zerrissene Deutschlandbild in Polen erhalten. Die rbb-Kollegen seien eine Stütze bei der Kommunikation zwischen den deutschen und polnischen Journalisten. In den jetzigen, sehr schwierigen Zeiten sei das sehr differenziert gezeichnete Bild von der polnischen Sicht auf Deutschland durch den rbb ein gutes Zeichen.

TOP 04 GVK, 16.-17. April 2018 in Bremen
• **Friederike von Kirchbach**

Frau von Kirchbach berichtet, dass die bereits im Rundfunkrat geführte Debatte zum ARD-Strukturprozess auch in dieser Sitzung Thema gewesen sei. Frau Dr. Pfab habe von der Errichtung der externen Anlaufstelle „MeToo“ berichtet. Es sei über Public-Value-Kommunikation diskutiert worden. Man sei über Programmfragen bei dokumentarischen Formaten in der Primetime informiert worden. Frau Schlesinger habe über den ARD-Auftritt auf der IFA informiert. Man hoffe, dass damit mehr Wirksamkeit und Effizienz nach außen strahlen könne. Benjamin Fischer als ARD-Online-Koordinator und Volker Herres hätten über Bericht und Leitlinien Das Erste und Telemedien informiert. Die Situation der Telemedien sei vor dem Hintergrund des damals noch nicht bekannten neuen Vertrages diskutiert worden. Der Fiko-Vorsitzende habe den Bericht zu den Finanzen vorgestellt.

Frau Prof. Schade sei erneut zur GVK-Telemedienvorsitzenden gewählt worden. Der Drei-Stufen-Test werde eine ganz andere Bedeutung bekommen. Der gesamte Telemedienbereich werde die Gremien in Zukunft in besonderer Weise beschäftigen. Es sei über das geplante GVK-Panel auf den Medientagen in München gesprochen worden. Die Datenschutzgrundverordnung sei thematisiert und die Hauptversammlung der ARD-Sitzung vorbereitet worden.

**TOP 05 GVK/GVK-Finanzausschuss/3-satGremientreffen/
ARD-ZDF-Gremientreffen, 21. Juni - 22. Juni 2018 in München**
• **Friederike von Kirchbach**

Frau von Kirchbach berichtet, an der einstündigen Sitzung des GVK-Finanzausschusses habe niemand teilnehmen können. In der GVK-Sitzung sei ebenfalls die Datenschutzgrundverordnung und die Ergebnisse des Rundfunkstaatsänderungsvertrages thematisiert worden. Es sei kritisiert worden,

dass die Gremien aus ihrer Sicht nicht ausreichend einbezogen wurden. Der Umgang mit Hate Speech sei ein weiteres Thema gewesen. Das Panel auf den Medientagen in München sei ebenfalls vorgestellt worden.

Vom ARD-ZDF-Gremientreffen berichtet Frau von Kirchbach, Public Value und die Europäische Medienpolitik seien Themen dieser Sitzung gewesen, die wie üblich sehr abstrakt diskutiert wurden.

Die informellen Gespräche hätten gezeigt, wie erleichtert die Schweizer Kolleginnen und Kollegen über den Ausgang der No Billag-Abstimmung gewesen seien und sich diese Initiative zu eigen gemacht hätten. Sie seien in allen Orten der Schweiz unterwegs gewesen, um für die Beibehaltung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu werben. Dies habe neuen Schwung bewirkt, und ein neues Level sei erkennbar geworden.

Beim 3Sat-Medientreffen habe es die Vorstellung aus den einzelnen Bereichen gegeben. Zum Thema Public-Value-Kommunikation der Gremien, sei ausgiebig diskutiert und interessante Beiträge vorgestellt worden. Gern bietet sie Interessierten weitergehende Informationen zu diesem Thema an.

Frau Auster fragt, ob es sich dabei um die Darstellung der Gremien im Internet handele. Denn beispielsweise beim NDR werde der Rundfunkrat anders als beim rbb vorgestellt.

Frau von Kirchbach antwortet, der Saarländische Rundfunk beispielsweise habe einen kleinen Animationsfilm, den Studenten der Filmhochschule produziert hätten, ins Internet gestellt. Darin würden die Aufgaben des Rundfunkrates und des Verwaltungsrates erläutert. Insofern werde man die Anregung von Frau Auster gern im Auge behalten.

TOP 06 Sitzung des Programmausschusses

3. Mai 2018

- **Babette Zenker**

21. Juni 2018

- **Dieter Pienkny**

Frau Zenker berichtet aus der Sitzung am 3. Mai 2018, der Programmausschuss habe sich mit der Programmbeobachtung SUPER.MARKT, dem neuen Format am Montag befasst. Die Diskussion sei sehr kontrovers gewesen. Herr Singelstein habe die aktuelle Media-Analyse vorgestellt, danach sei Antenne Brandenburg Reichweitenführer in Berlin und Brandenburg. Herr Dr. Schulte-Kellinghaus habe die geplanten Programmänderungen im Hörfunk vorgestellt. Der rbb habe eine umfangreiche Analyse mit 1800 Befragten in Auftrag gegeben. Bei 88,8 solle es eine Profilierung geben. Fritz solle zum digitalen Radio umgebaut werden. Man habe sich außerdem damit befasst, ob Tweets unter den Rundfunkstaatsvertrag fielen, wenn sie von Journalisten privat ins Netz

gestellt würden. Zum Umgang mit Social Media erarbeite der rbb eine neue Guideline. Der Programmausschuss habe sich darauf verständigt, dass Tweets nicht Gegenstand einer Programmbeschwerde sein könnten, wenn sie nicht aus der Redaktion selbst verfasst, sondern von Journalisten privat abgesetzt würden.

Außerdem sei intensiv über die vermeintliche Vermischung von Werbung und dem ARD-Tagesschau-Logo diskutiert worden. Brigitte Lange sei gebeten worden, dieses Thema im ARD-Programmbeirat vorzustellen. Es sei festgestellt worden, dass die ARD dieses Thema selbst kritisch betrachte.

Herr Pienkny berichtet aus der Sitzung am 21. Juni 2018, Thema der Programmbeobachtung sei Inforadio gewesen. Frau Auster und Frau Dr. Köppen hätten sich diesem Thema gewidmet und seien sehr zufrieden gewesen. Einzig die Wiederholung des Nachrichtenteils nach nur 20 Minuten sei kritisiert worden. Ansonsten habe es großes Lob für pointierte und analytische Blicke auf beispielsweise „100 Tage große Koalition“ gegeben. Außerdem habe der Programmdirektor rbb/24 vorgestellt. Tenor sei, mehr Journalismus in den Hauptabend zu integrieren. Neue Formate seien darüber hinaus in Arbeit. Außerdem habe man sehr lebhaft über den Film „Unterwerfung“ debattiert. Leider habe Frau Maischberger in ihrer anschließenden Talkshow dieses Thema gänzlich verfehlt.

**TOP 07 Programmbeschwerde: Inforadio Zwölfzweiundzwanzig,
17. Februar 2018**

Herr Pienkny erläutert die Programmbeschwerde und verweist auf die versandten Unterlagen. Der Programmausschuss habe nach eingehender Debatte die Beschwerde einstimmig abgelehnt und empfiehlt dem Rundfunkrat, diesem Votum zu folgen.

Der Rundfunkrat weist die Programmbeschwerde einstimmig ab.

**TOP 08 Programmbeschwerde: Kontraste, 18. Januar 2018
„Wie die privaten Krankenversicherer gegen die
Bürgerversicherung Front machen“**

Herr Pienkny erläutert die Programmbeschwerde und verweist auf die versandten Unterlagen. Der Programmausschuss habe nach eingehender Debatte die Beschwerde einstimmig abgelehnt und empfiehlt dem Rundfunkrat, diesem Votum zu folgen.

Der Rundfunkrat diskutiert über einen kritischen Einwand von Frau Opitz, in dem die Verwendung einer blauen Pressewand mit dem Schriftzug „PKV“ kritisiert wurde. Danach könne dies falsche Schlussfolgerungen suggerieren

und gehöre nicht in eine seriöse Sendung wie Kontraste, die keine Satiresendung sei.

Dem wird entgegengehalten, dass auf diese Weise „augenzwinkernd“ mit einer kommentierenden Bildbearbeitung gearbeitet wurde, die besonders durch den nachträglich, sichtbar hinzugefügten Schriftzug „PKV“ deutlich gemacht worden sei. Auch wenn man darüber geteilter Ansicht sein könne, bleibe dies ein zulässiges Stilmittel. Dass ein Interessenverband sich gegen eine bestimmte Form von Berichterstattung wehre, liege in der Natur der Sache. Es sei jedoch Aufgabe des rbb, darauf hinzuweisen, wenn dabei auch mal über das Ziel hinausgeschossen werde.

Der Rundfunkrat weist die Programmbeschwerde bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung ab.

**TOP 09 Programmbeschwerde: Kontraste, 18. Januar 2018
„Klimaleugner - Aus der Nische in den Bundestag“**

Frau Zenker erläutert die Programmbeschwerde und verweist auf die versandten Unterlagen. Der Programmausschuss habe nach eingehender Debatte die Beschwerde einstimmig abgelehnt und empfiehlt dem Rundfunkrat, diesem Votum zu folgen.

Der Rundfunkrat weist die Programmbeschwerde einstimmig ab.

TOP 10 Programmbeschwerde: Tagesthemen, 8. Januar 2018

Frau Zenker erläutert die Programmbeschwerde und verweist auf die versandten Unterlagen. Der Programmausschuss habe nach eingehender Debatte die Beschwerde einstimmig abgelehnt und empfiehlt dem Rundfunkrat, diesem Votum zu folgen.

Der Rundfunkrat weist die Programmbeschwerde einstimmig ab.

TOP 11 Programmbeschwerde: Inforadio, 20. November 2017

Frau Zenker erläutert die Programmbeschwerde und verweist auf die versandten Unterlagen. Der Programmausschuss habe nach eingehender Debatte die Beschwerde einstimmig abgelehnt und empfiehlt dem Rundfunkrat, diesem Votum zu folgen.

Herr Amsinck merkt an, auch wenn er unbegrenztes Vertrauen in den Programmausschuss habe, sei es nahezu unmöglich, auf Basis dieser sparsamen Informationen, eine Entscheidung zu treffen. Bei der Fülle der Programmbeschwerden müsse ein Format entwickelt werden, dass ihm ermöglicht, ansatzweise nachzuvollziehen, worum es im Kern gehe.

Frau von Kirchbach erwidert, es seien alle Informationen inklusive der Links zu den Sendungen, die der Programmausschuss erhalten habe, auch dem Rundfunkrat zur Verfügung gestellt worden.

Herr Amsinck regt an, dass der Inhalt der Programmbeschwerden noch einmal zusammengefasst vorgetragen werden sollte.

Frau von Kirchbach bestätigt, dass die Anzahl der Programmbeschwerden eklatant gestiegen sei. Allerdings habe sich die bisherige Praxis, wonach sich zunächst der Programmausschuss damit intensiv befasse und im Rundfunkrat ein Votum abgebe, bewährt. Alle Gremienmitglieder hätten aufgrund der schriftlichen Vorlagen die Möglichkeit, sich über den Sachverhalt zu informieren. Dennoch könne sie nachvollziehen, dass diese Menge an Papier schwer zu bewältigen sei. Sie werde in Abstimmung mit dem Programmausschussvorsitzenden und der Gremiengeschäftsstelle überlegen, wie man das Verfahren noch optimieren könne. Dazu wolle sie sich auch in der GVK informieren und die Verfahren vergleichen.

Der Rundfunkrat weist die Programmbeschwerde einstimmig ab.

TOP 12 ARD-Programmbeirat
8./9. Mai 2018 in München + 6./ 7. Juni 2018 in Köln
• **Brigitte Lange**

Brigitte Lange trägt ihre Berichte zu den Sitzungen vom 8./9. Mai 2018 und am 6./7. Juni in Köln vor. (Anlage 3)

TOP 13 Programmbeirat ARTE Deutschland, 19./20. Juni 2018
in Hamburg
• **Dieter Pienkny**

Herr Pienkny verweist auf die Tischvorlage. (Anlage 4) Er berichtet über die „24 Stunden Europas Jugend“, die im kommenden Jahr unter Federführung des rbb auf ARTE starte. Er begrüßte es, wenn die ARD die Senderfamilie so hoch hielte, dass sich alle Anstalten in dieses Projekt einklinkten und auf irgendeine Weise über 24 Stunden Europa berichteten. Laut Herrn Marmor seien es bislang nur der rbb, SWR und ARD-Alpha.

Frau Schlesinger antwortet, sie halte sehr viel von diesem Projekt, über dessen Umgang in der ARD sie bereits mit Herrn Herres im Gespräch sei. Erstmals handele es sich um ein Projekt, in dem es um junge Europäer gehe und in dem man nicht die gesamten 24 Stunden als Sender senden könne, sondern in das sich jeder Sender für ein gewisses Zeitfenster einschalten könne. Bislang seien in Europa bereits ca. sieben Länder dabei, darunter beispielsweise Tschechien, Polen, Finnland, Dänemark. Man arbeite daran, dies auch in die ARD zu bekommen, wenn auch nicht als 24-Stunden-Projekt, aber zumindest zeitweilig.

TOP 14 Programmbeirat ARTE G.E.I.E., 28. Juni in Mainz
• **Dr. Martina Köppen**

Frau Dr. Köppen berichtet, seit dem Amtsantritt von Emmanuel Macron gebe es auch in Frankreich erhebliche Diskussionen über die Finanzierung des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks. Zwar gebe es keine öffentliche Diskussion dazu, aber es stehe in Rede, dass es weniger Geld geben werde und der öffentlich-rechtliche Rundfunk dadurch schon in Gefahr geraten könne - somit auch die Finanzierung von ARTE, die bislang sehr auskömmlich gewesen sei.

Sie sei erstaunt darüber, dass es in Frankreich kaum noch Zeitungen gebe, vieles finde online statt. Diese Entwicklung halte sie für bedenklich. Frankreich gehöre zu den Ländern, wo man sich nicht sicher sein könne, was am Ende beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk herauskomme. Zudem gebe es erhebliche Fusionen in diesem Bereich.

Herr Boudgoust habe von der Situation und der Diskussion in Deutschland zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk berichtet. Sie finde den Diskussionsverlauf besorgniserregend. Sowohl Herr Boudgoust als auch Herr Mütter und auch Herr Marmor hätten einvernehmlich erklärt, ARTE sei Avantgarde, die KEF sei zufrieden mit ARTE, weil ARTE Bildung, Dokumentation und somit die Intellektuellen bediene. Diese Argumentationslinie halte sie für die Diskussion in Deutschland nicht sehr hilfreich, auch wenn sie nicht bestreite, dass ARTE Avantgarde sei und gute Sendungen produziere. Damit werde das Programm auf Bildung und Dokumentarfilme konzentriert. Es sei eine Frage der Kommunikation, wie man die Rolle von ARTE darstelle.

nichtöffentlich

TOP 15 Aktueller Stand Leitbild
• **Patricia Schlesinger**

Öffentlich

TOP 16 Verschiedenes

Frau von Kirchbach schließt die Sitzung.



Friederike von Kirchbach
Vorsitzende des Rundfunkrates



Petra Othmerding
Protokoll

Anlagen (per Mail)

- 1 - Bericht der Intendantin
- 2 - Präsentation rbb/24
- 3 - Berichte ARD-Programmbeirat 8./9. Mai und 6./7. Juni 2018
- 4 - Bericht ARTE Deutschland 19./20. Juni 2018

103. Bericht der Intendantin

Rundfunkratssitzung am 05. Juli 2018 in Berlin

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitglieder des Rundfunkrats,**

in den vergangenen Wochen war die mediale Auseinandersetzung zur Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks so groß wie selten zuvor. Und das aus gutem Grund, denn mit der Nachricht über die Neufassung des Telemedienauftrages haben ARD, ZDF und Deutschlandradio ein entscheidendes medienpolitisches Richtungssignal der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten erhalten.

Heute vor genau drei Wochen, am 14. Juni, trafen sich die Länderchefs in Berlin und haben sich auf neue Regeln für das öffentlich-rechtliche Online-Angebot verständigt. Nach jahrelangen Auseinandersetzungen auf der politischen Bühne und auch vor Gericht - zwischen Verlegern auf der einen Seite und öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten auf der anderen Seite -, hat die Politik folgende Reform beschlossen:

ARD, ZDF und Deutschlandradio sollen künftig Audio- und Videomaterial auf ihren Online-Plattformen deutlich in den Vordergrund stellen und Textinhalte minimieren. Das Verbot der Presseähnlichkeit wurde somit geschärft. Für Zweifelsfälle soll eine Schlichtungsstelle eingerichtet werden, die paritätisch von den Rundfunkanstalten und Presseverlegern besetzt ist. Diese

Schlichtungsstelle kann nur Empfehlungen aussprechen (sie entscheidet nicht - ist keine Schiedsstelle).

Ein zentraler Punkt der Novelle: Die 7-Tage-Regelung zur Verweildauer in den Mediatheken entfällt. Das heißt, wir können unsere Produkte - Filme und Dokumentationen - bis zu vier Wochen einstellen. Und europäische Sendungen dürfen nun auch schon vor der Ausstrahlung in unseren linearen Angeboten online sein: Denn der Auftrag umfasst nun dediziert die Veröffentlichung von Programmen „vor und nach deren Ausstrahlung“.

Außerdem wird das Verlinkungsverbot gelockert. Das bedeutet, wir können unsere Inhalte (Filme, Serien, Dokumentationen, aber auch Hörspiele) nach Ablauf der Verweildauer in den Mediatheken mit einer kommerziellen Plattform verlinken. Somit sind die Inhalte für unser Publikum auch außerhalb unserer Mediatheken leichter im Netz zu finden. Ein Gewinn für unsere Zuschauerinnen und Zuschauer.

Viele grundlegende und umfassende Änderungen und Neuerungen also.

Wie ist diese Reform zu bewerten? Es ist ein Durchbruch, aber auch ein Kompromiss - beide Parteien haben gewonnen, mussten aber auch von einigen Positionen abrücken.

Bei der Frage der Presseähnlichkeit hatten wir uns - das wissen Sie - mehr erhofft. Statt das Verbot der Presseähnlichkeit hinter sich zu lassen, wurde dieses weiter verstärkt. Um die Angebote im Netz nutzerfreundlich zu gestalten, brauchen die öffentlich-rechtlichen Sender Texte - und darauf haben keineswegs nur die Verleger ein Monopol.

Gleichwohl ist es uns schon in den vergangenen Monaten gelungen, uns mit diesem Verbot weitgehend zu arrangieren. Der rbb ist in diesem Punkt weiter als andere Landesrundfunkanstalten. Wir haben unsere Video- und Audioangebote im Netz ausgebaut und werden das intensivieren. Bereits zum Mai hatte sich unser Online-Portal rbb24 optisch und funktionell neu aufgestellt. Video- und Audiobeiträge stehen deutlich stärker im Fokus, die Bedienbarkeit ist durch verschiedene Features verbessert.

Für uns sehr erfreulich ist immerhin, dass wir bei sendungsbezogenen Angeboten auch weiterhin mit Texten arbeiten dürfen. Die übrigen Änderungen - wie der Wegfall der 7-Tage-Regelung - geben uns dafür einen deutlich größeren Spielraum und werden uns helfen, unsere Mediatheken weiter auszubauen und attraktiver zu machen.

Und schließlich halte ich es medienpolitisch für wichtig, dass es endlich eine Lösung gibt, mit der alle Bundesländer und auch die Verleger leben können, und die im Zweifel zunächst von einer Schlichtungsstelle bewertet wird. Ich glaube fest daran, dass wir uns mit der gerichtlichen Auseinandersetzung gegen die Verleger (oder diese gegen uns) keinen Gefallen tun. Wir sollten lieber den Schulterschluss mit den Verlegern suchen, um gemeinsam für einen guten und qualitativ hochwertigen Journalismus zu kämpfen. Nur so können wir Google, Amazon, Netflix und Co die Stirn bieten. Ein gutes Beispiel sehen wir gerade bei T-Online - die Kollegen zeigen, wie man mit Qualitätsjournalismus auch im Digitalen erfolgreich sein kann, oder was in unserem Fall das Entscheidende ist: Wie Qualitätsjournalismus auch im Digitalen die Menschen erreicht. Im

Fall von T-Online ist das in nur wenigen Monaten gelungen - natürlich mit einer extrem hohen Anschubfinanzierung, aber es macht Mut und zeigt die Chancen, die sich im Netz für uns alle, die für hochwertigen Journalismus stehen, bieten.

Wir, die Kollegen Intendanten, aber auch ich persönlich, werben nun bei den Verlegern dafür, dass dies die gemeinsame Richtung sein muss - der publizistische Erfolg im Netz stellt sich nur dann ein, wenn wir Qualität bieten: mit relevanten Themen, die wir verlässlich exzellent recherchieren und aufbereiten. Relevanz, Exzellenz, Verlässlichkeit - das ist der Dreiklang mit dem wir alle gemeinsam gegen die großen Tech-Giganten aus Amerika bestehen können. Die Einigung im Hinblick auf unsere Telemedienangebote kann uns zudem den Boden bereiten für weitere wichtige Reformen des Staatsvertrages bei Fragen der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Genau das ist das nächste Thema.

Die Fragen „Wie geht es mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk weiter?“ und „Wie stellen wir uns zukunftsicher auf?“ haben uns im Intendantenkreis auf der ARD-Sitzung Anfang vergangener Woche dementsprechend zum wiederholten Mal intensiv beschäftigt.

Beim Thema unserer digitalen Entscheidungsprozesse sind wir nun einen großen Schritt gegangen. Mit dem digitalen Wandel kamen innerhalb der ARD in der Vergangenheit immer neue Kommissionen hinzu (AG Webtechnik, AG Multiplattformstrategie etc.) - das ist auch Spiegel unserer Geschichte. Im letzten halben Jahr haben wir uns auf der Intendanten-Ebene vertiefend mit einer zeitgemäßen

neuen Struktur befasst - mit dem Ziel, Sachverstand zu bündeln und bei digitalen Themen leichter Allianzen mit Dritten eingehen zu können, also partnerschaftsfähiger zu sein. Zum 1. September werden in der ARD nun sieben Kommissionen aufgelöst und durch ein sogenanntes „Digitalboard“ ersetzt. Diesem zugeordnet gibt es zwei Unter-Boards zu den Kernthemen Entwicklung digitaler Anwendungen sowie zur Distribution der Inhalte. Um die Boards klein und handlungsfähig zu halten, waren die wenigen Plätze für die einzelnen Landesrundfunkanstalten begehrt. Ich freue mich, dass der Rundfunk Berlin-Brandenburg mit seinen Personalvorschlägen erfolgreich war. Wir entsenden zwei Mitarbeiterinnen. Im wichtigsten Board - im Digitalboard - sind wir mit Frau Gaiser (Leiterin Online Koordination) hervorragend vertreten. Eventuell erhält sogar noch ein dritter rbb-Kollege ein „Zusatzticket“.

Beim Publikum wird sich dieser Veränderungsschritt nur mittelbar zeigen (z.B. durch mehr Web-only, neue Mediathek), aber wir brauchen diese schlankere, digitale Entscheidungsstruktur in der ARD, um auf den unterschiedlichen Plattformen, mit unterschiedlichen Partnern arbeiten zu können und im digitalen öffentlichen Raum die Menschen zu erreichen.

Das berührt ein weiteres medienpolitisches Thema, das wir auf der ARD-Sitzung und auch auf unserer Klausur besprochen haben: unseren Auftrag. Auch hier gibt es viel Bewegung inzwischen. Sieben Bundesländer (Bayern, Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein, Hamburg, Sachsen, Thüringen und seit wenigen Tagen auch Brandenburg) haben einen umfassenden Reformvorschlag zum Auftrag und zur Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

vorgelegt. Die Grundidee, die in diesem Vorschlag steckt, befürworten wir: Die Ländergruppe schlägt ein Indexierungsmodell vor, d.h. der Rundfunkbeitrag würde künftig auf Basis der jährlichen Inflationsrate angehoben. Das heutige System, bei dem eine Expertenkommission (KEF) den Finanzbedarf der Anstalten ermittelt, würde dann abgeschafft. Wenn die KEF nicht mehr wie bisher den Bedarf ermitteln muss, sondern dieser indexgestützt fortgeschrieben wird, dann ändert sich auch die Rolle der KEF. Diese muss für das Jahr der Umstellung gesondert prüfen, ob der basiswert plausibel ist und dann künftig jährlich eine Evaluation vornehmen.

Ein weiterer Teil der Reformvorschläge der Länder sieht Änderungen beim Auftrag vor. Dieser soll sich auf die Bereiche Information, Kultur und Bildung fokussieren. Unterhaltung und Sport werden nicht mehr ausdrücklich genannt und wären damit zwar nicht verboten, aber auch nicht zwingend vorgeschrieben. Als Programme ausdrücklich beauftragt wären nur noch Das Erste, das ZDF-Hauptprogramm, ARTE und 3sat sowie die Dritten. Welche Fernseh- und Radioprogramme die Landesrundfunkanstalten zur Erfüllung ihres Auftrags betreiben wollen, darüber könnten in einem solchen Modell die Sender frei entscheiden. Es ist lediglich eine Deckelung vorgesehen, damit die jetzige Anzahl von Programmen nicht überschritten wird. Dadurch sollen die Sender mehr Freiräume erhalten, wie sie ihr Budget planen und einsetzen.

In der Diskussion über das Index-Modell stehen wir noch am Anfang. ARD-seitig nehmen wir die Einladung der Länder an, darüber zu sprechen, aber sagen auch deutlich: Wir brauchen einen ungeteilten, einen umfassenden Auftrag! Einen Auftrag, der alle Komponenten

umfasst, die wir unserer Arbeit zugrunde legen. Es ist ein hohes Gut, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk alle Menschen erreichen kann, allen ein Angebot macht und Teilhabe am öffentlichen Leben ermöglicht. Dass er nicht lediglich ein Nischenangebot ist! Mit populären Angeboten möchten wir die Menschen auch zu den ernstesten, z.B. zu den News-Angeboten einladen. Wir müssen mitten in der Gesellschaft präsent sein und über die unterschiedlichen Genres und Themenwelten publizistisch frei verfügen können. So gibt es auch in der Unterhaltung ein spezielles öffentlich-rechtliches Profil. Nur so kann der gemeinsame Rundfunk seinen Rang als öffentliches Gut behaupten!

Professor Hain und Professor Dörr sind überzeugt, dass das Verbot der Presseähnlichkeit vor dem Bundesverfassungsgericht nicht standhält. Wir sind mitten in einer langen Diskussion.

Für Rückfragen zum Telemedienauftrag und dem Index-Modell stehen unsere Justitiarin Frau Lange und ich Ihnen gern zur Verfügung.

Den Rundfunkbeitrag betrifft auch die folgende aktuelle Information:

In diesem Jahr findet erneut ein sogenannter Meldedatenabgleich statt. Dieser Daten-Abgleich ist gesetzlich vorgesehen und im Rundfunkbeitragsstaatsvertrag geregelt. Dabei gleicht der Beitragsservice von ARD, ZDF und Deutschlandradio die Daten der Beitragszahlerinnen und Beitragszahler mit den Daten der Einwohnermeldeämter ab, um deren Beitragspflicht zu klären. Zuletzt fand dies 2013/2014 statt. Wir gehen davon aus, dass

inzwischen für zahlreiche Wohnungen kein Rundfunkbeitrag gezahlt wird.

Die für diesen neuerlichen Datenabgleich erforderlichen Daten sämtlicher volljähriger und in Deutschland gemeldeten Personen haben die Einwohnermeldeämter bereits an den Beitragsservice übermittelt. Lässt sich eine volljährige Person nicht einer bereits beim Beitragsservice angemeldeten Wohnung zuordnen, wendet sich der Beitragsservice per Brief an diese Person. Die ersten Schreiben gehen in unserem Sendegebiet voraussichtlich in diesem Monat (Juli 2018) an die Empfänger. Wenn die angeschriebene Person daraufhin mitteilt, dass sie bereits für die von ihr bewohnte Wohnung zahlt, werden alle Angaben der angeschriebenen Person unverzüglich gelöscht. Sollte sich jedoch bestätigen, dass für die bewohnte Wohnung tatsächlich noch kein Rundfunkbeitrag bezahlt wird, folgt die Anmeldung der Person und zwar auch rückwirkend ab dem Einzugsdatum, frühestens jedoch zum 01. Januar 2016. Es kann auch passieren, dass nun Personen angeschrieben werden, die bereits im Rahmen des Meldedatenabgleichs 2013/14 alle notwendigen Angaben gemacht haben. Hintergrund ist, dass aus Datenschutzgründen viele Datensätze (z. B. abgemeldete Beitragskonten) gelöscht wurden und daher nicht mehr vorhanden sind.

In jedem Fall sollte die angeschriebene Person auf die Briefe des Beitragsservice reagieren und alle Fragen klären. Andernfalls wird die Person unabhängig von der persönlichen Situation angemeldet - die sogenannte „Direktanmeldung“ ist also die Folge. Sollte sich die Person auch auf diese Mitteilung nicht melden, wird es zu

Festsetzungsbescheiden, Mahnungen und vielleicht sogar zu Vollstreckungsersuchen kommen.

Wir rechnen damit, dass sich zur Daten-Abfrage erneut viele Menschen an uns oder den Beitragsservice in Köln wenden werden. Auch eine erhöhte mediale Berichterstattung ist denkbar und die publizistischen Reaktionen werden nicht nur freundlich sein.

Nach diesen medienpolitischen und aktuellen Informationen nun zum rbb.

Bereits in der Februar-Sitzung des Rundfunkrates habe ich Ihnen berichtet, dass eine MeToo-Arbeitsgruppe unter Leitung unserer Frauenvertreterin Frau Lydia Lange Vorschläge erarbeitet, wie wir im rbb einen aufmerksamen, respektvollen und selbstbewussten Umgang miteinander fördern.

Am 11. Juni hat diese Arbeitsgruppe die Belegschaft zu einer Informationsveranstaltung eingeladen. In freien Gruppengesprächen ging es unter anderem um die Fragen: Wie präsent ist das Thema bei uns tatsächlich? Wie war es früher und wie ist es heute? Was muss getan werden? Ein wichtiges Ziel der Veranstaltung war außerdem eine Hilfestellung für Betroffene vorzustellen: das neue sogenannte „anonyme Hinweissystem“. Dieses ermöglicht es allen Kolleginnen und Kollegen vollkommen anonym Hilfe zu suchen und sich als Betroffene vertrauensvoll an uns zu wenden. Die Nachrichten über das Hinweissystem nimmt das Team um Lydia Lange entgegen und sucht dann individuelle Lösungswege. Innerhalb der ARD und beim ZDF sind die Konzepte unserer MeToo-Arbeitsgruppe sehr gefragt. Die rbb-interne Umfrage und die

Informationsveranstaltung nehmen sich andere Landesrundfunkanstalten (beispielsweise der NDR sowie der MDR) zum Vorbild.

MeToo ist eine Daueraufgabe, die mit einem Kulturwandel in der Medien- und Kreativbranche einhergeht.

Wie Sie ebenfalls in der vergangenen Sitzung erfahren haben, möchten wir unsere Nachrichten stärken und bis zum Herbst eine Nachrichten-Quermarke einführen - also ein einheitliches Label für alle aktuellen Informationen vom rbb. Was die neue Nachrichten-Quermarke im Einzelnen für unser Programm und unsere Ausspielwege bedeutet, stellt Ihnen nun der Programmdirektor, Herr Dr. Schulte-Kellinghaus, vor.

[JSK: Vorstellung rbb24]

A. Unser Programm

Ein herausragendes Programm-Highlight vom rbb im Ersten ist nun schon fast einen Monat her. An dieses Ausnahmeprojekt möchte ich gern noch einmal erinnern. Am 6. Juni lief im „FilmMittwoch im Ersten“ zur Primetime der Film „Unterwerfung“, anschließend diskutierte Sandra Maischberger mit Gästen. Der Weg dieses Films war steinig, aber das Team um Regisseur Titus Selge, Produzent Clemens Schaeffer und der rbb-Programmbereichsleiterin Frau Martina Zöllner von „Dokumentation und Fiktion“ hat immer daran geglaubt.

Das Presseecho dazu war überwältigend. Von FAZ über die Süddeutsche bis zum SPIEGEL erregte der Film große

Aufmerksamkeit. Der Pressespiegel ist ein mehr als 170-Seiten-starkes Buch. (Drei Exemplare davon haben wir mitgebracht.)

„Unterwerfung“ ist ein Zeichen dafür, was wir als rbb auch künftig leisten wollen: Debatten und Diskurse anstoßen und das mit relevanten Stoffen in exzellenter Produktion.

Ein kurzer Rückblick auf „Unterwerfung“ und auf weitere Programmhighlights unserer Radios, Online und im rbb-Fernsehen sehen Sie nun im Zusammenschritt.

[Video: 3'40 Min]

Einige von Ihnen waren im Publikum dabei: Vor zwei Wochen haben wir im Landtag Brandenburg das Sendungsjubiläum von „Geheimnisvolle Orte“ mit einer Preview gefeiert und die 100. Folge der Dokumentationsreihe vorab gezeigt. Den Film „Hohenlychen - Das Sanatorium der Nazis“ hat das Erste Anfang der Woche ausgestrahlt. Am 31. Juli ist er um 20.15 Uhr im rbb Fernsehen zu sehen. „Geheimnisvolle Orte“ ist eine der erfolgreichsten Produktionen vom rbb und inzwischen auch eine ARD-Marke, die aktuell in der siebten Staffel läuft. Der rbb hatte die Initiative und koordiniert die Reihe für die ARD.

Eine neue Kultur-Dokumentationsreihe möchte ich Ihnen in diesem Zusammenhang ans Herz legen. Sie heißt „Entdecke Brandenburg“ und stellt die Kultur-Orte der Region vor, trifft Künstler und Kreative. Der Filmpark in Potsdam ist ebenso Teil der Reihe wie der Bergbau in Rüdersdorf oder das Kloster Chorin. Für den Auftakt von

„Entdecke Brandenburg“ geht es im rbb Fernsehen am Samstag, den 21. Juli um 18.30 Uhr zum Jazzfest nach Peitz.

Ein weiterer Programmhöhepunkt war in den vergangenen drei Wochen bereits im Haus des Rundfunks zu erahnen. Wir hatten prominenten Besuch. In unseren Hörspielstudios haben unter anderem Peter Lohmeyer, Ulrich Noethen, Udo Schenk und Meret Becker die Wortaufnahmen für die Hörspielserie „Der nasse Fisch“ produziert - „Babylon Berlin“ als Hörspiel. Gestern war der letzte Aufnahmetag für die Schauspieler. Nun geht das ganze Projekt nach Köln, wo die Mischung stattfindet, denn der rbb produziert die Hörspielserie arbeitsteilig mit dem WDR und Radio Bremen. Ende Oktober ist das Ergebnis im Kulturradio zu hören, online und in der ARD Audiothek. Mehr zu unseren Hörspiel-Plänen für die zweite Jahreshälfte dann in unserer kommenden Sitzung.

Noch während der Sommerpause läuft in der Sendereihe „Exklusiv im Ersten“ eine Reportage vom rbb über Cottbus. „Wer ist das Volk? - Cottbus in Aufruhr“ ist eine 30-minütige Dokumentation. Sie basiert auf einer längerfristigen Recherche von Autorinnen und Autoren aus der Redaktion „Kontraste“. Ausstrahlungstermin ist der 13. August, ein Montag, um 21.45 Uhr.

Die neue Fernseh-Saison startet dann ab 4. September im Ersten mit der rbb-Serie „Die Heiland: Wir sind Anwalt“ - jeweils dienstags um 20.15 Uhr. Die ersten Ausschnitte habe ich bereits gesehen. Das Publikum kann sich auf sehr unterhaltsame Folgen freuen mit der wohl ungewöhnlichsten Anwältin der deutschen

Fernsehlandschaft. Wie Sie vielleicht wissen, ist die Serie inspiriert durch ein reales Vorbild: die Berliner Anwältin Pamela Pabst, Deutschlands erste blinde Strafverteidigerin.

B. Unser Publikum

An dieser Stelle gebe ich Ihnen gern Einblick, welche Resonanz unser Programm bei unserem Publikum erzielt hat.

Zum 15. rbb-Geburtstag durften unsere Zuschauerinnen und Zuschauer das Programm selbst bestimmen und zwar beim Telefon-Voting der Aktion „rbb 15 - macht doch was ihr wollt“. Die meisten Stimmen bekam die Sendung „rbb Praxis“. Platz 2 ging an die Reihe „Geheimnisvolle Orte“. Zum rbb-Jubiläum gingen bei der Service-Redaktion zahlreiche Reaktionen von Zuschauerinnen und Zuschauern ein. Sogar Glückwunschkarten und Geburtstagsständchen wurden entgegen genommen, über 300 Mal. Insbesondere die Programmansagen von Kurt Krömer polarisierten. Zur Illustration die folgenden Publikumsstimmen: „... wie sich Herr Krömer vor der Kamera präsentiert ist nicht nur peinlich, sondern auch eine Veräppelung der früheren netten Ansagerinnen oder Ansager.“ (Zitatende) Es gab aber auch die gegenteilige Meinung: „Kurt Krömer im Programm. Das ist der Knaller. Das ist eine ganz super Idee und ich möchte nur mal Danke sagen.“ (Zitat-Ende)

Der Marktanteil des rbb-Fernsehens lag im April bei 6,3 %, im Mai bei 6,1% und im Juni bei 5,3 %. Der Rückgang war für unsere Medienforschung erwartbar und ist sommer- sowie stark WM-bedingt. Das zeigt sich in den Quotenverläufen am Nachmittag und

am Hauptabend. (Im EM-Jahr 2016 hat der Fußball übrigens noch stärker auf den Marktanteil gedrückt. Die Juni-Quote lag vor zwei Jahren bei 4,5%.)

Für das bisherige Jahr liegen wir bis einschließlich Juni 2018 in Berlin und Brandenburg bei 5,9%. Die Rote Laterne haben nicht mehr wir, sondern der Hessische Rundfunk, wie bereits im vergangenen Jahr.

Das ARD-Mittagsmagazin liegt seit Jahresbeginn (13 Sendewochen) im bundesdeutschen Gebiet insgesamt bei durchschnittlich 1,89 Millionen Zuschauern und einem Marktanteil von 20,9%. Das entspricht einem knappen Vorsprung zum Vorjahreszeitraum.

Mit seinem Neu-Start im Januar war es auch unser Ziel die publizistische Wahrnehmung des Formats zu erhöhen. Dies ist z. B. kürzlich mit einem exklusiv-Interview gelungen. Die Vorsitzende der Grünen im Europaparlament, Ska Keller, sprach über einen möglichen Hilfsfond für Demokratie und Menschenrechte innerhalb der Europäischen Union. Das hatte Neuigkeitswert und andere Medien haben über diese Nachricht berichtet - mit dem Absender ARD-Mittagsmagazin.

Trotz Vorrunden-Aus bei der Fußball-Weltmeisterschaft ist die 14. Etage im Fernsehzentrum weiterhin ein beliebter Public-Viewing-Ort. Die Anmeldungen über Radio Berlin 88,8 sind erfreulicherweise sehr zahlreich. Viele Fußballbegeisterte erkundigten sich bei unserer Service-Redaktion nach den verfügbaren Plätzen auf dem Dach. Auch auf dem rbb-Gelände in Potsdam haben wir eine Fanmeile, hier

bespielt von Antenne Brandenburg. Bei den Deutschland-Partien waren alle Bänke und Liegestühle schnell belegt und sogar Stehplätze wurden knapp. Sie haben es im Highlight-Video kurz gesehen - kein Fleckchen Wiese war mehr frei. Mit Antenne Brandenburg und Radio Berlin können die Fans noch zehn Tage lang Fußball schauen. Die Fanmeilen bieten neben dem spektakulären Veranstaltungsort, um die Spiele zu verfolgen, den Hörerinnen und Zuschauern einmal mehr eine Möglichkeit, dem rbb ganz nah zu sein.

Am kommenden Mittwoch ist für unsere Radios wieder ein spannender Tag mit den Reichweitendaten der zweiten ma 2018. Über die aktuellen Zahlen informiere ich Sie gern wie gewohnt in einem Schreiben am Tag der Veröffentlichung.

C. Preise und Nominierungen

Ebenfalls per Brief - elektronisch, damit die gute Nachricht Sie schnell erreicht - haben Sie bereits vom „German Brand Award 2018“ in Gold erfahren. Unserer Kampagne „BLOSS NICHT LANGWEILEN“ hat damit nicht nur auf den Straßen von Berlin und Brandenburg, sondern auch in der Kommunikationsbranche Aufsehen erregt. Eine sehr schöne Würdigung für die kreative Arbeit der Agentur GUD.berlin und dem rbb-Marketing-Team unter der Leitung von Frau Pia Stein.

Bereits Mitte Mai hat Autor Stephan Lamby den Bayrischen Filmpreis in der Kategorie „Information“ für zwei rbb-Dokumentationen erhalten: „Das Duell - Merkel gegen Schulz“ -

eine gemeinsame Produktion mit dem SWR und dem NDR sowie für „Nervöse Republik - Ein Jahr Deutschland“ eine Koproduktion von NDR und rbb.

Zum Schluss geht es nach New York: Mit dem Golden Award bei den New York City Festivals hat die Jury das kulturradio-Stück „Der Sturm - Theater als Reise zum Menschen“ in den Rang der weltbesten Radioproduktion des Jahres erhoben. Mit dieser akustischen Performance-Arbeit war die kulturradio-Autorin Evelyn Dörr bereits im vergangenen Jahr bei zwei internationalen Festivals nominiert. Es freut mich sehr, dass sie nun den Golden Award in der Kategorie „New Best Drama Feature“ persönlich in New York entgegennehmen konnte.

Die aktuelle Liste aller Preisträgerinnen und Ausgezeichneten können Sie auf den Internetseiten des rbb-Rundfunkrats einsehen.

Vielen Dank.

NACHRICHTENQUERMARKE



Nachrichtenfamilie rbb124 ...
wird in allen Medien kenntlich gemacht:

- Umbenennung:
rbb aktuell-FS-Nachrichten incl. Spätausgabe
- Vorspann-Branding:
Abendschau und Brandenburg Aktuell:
- Sendungs-Opener: INFOradio



NEUAUFSTELLUNG 21:45 UHR



- Neuer Titel: rbb124
- 15 Minuten aus dem neuen Studio
- Regionaler Focus
- Schwerpunktsetzung, Hintergrund, Gespräche
- Keine Wiederholungen
- Neuer Workflow und redaktionelles Kernteam
- Täglich Sport
- Etataufstockung



Protokoll der 621. Sitzung des Programmbeirates in Köln vom 6./7.Juni 2018

Hier hat der Programmbeirat mit der FPK (Fernsehprogrammkonferenz) getagt. Neben der allgemeinen Aussprache zur Programmbeobachtung lag der Schwerpunkt bei der Beobachtung der politischen Magazine. Der Programmbeirat sieht einen hohen Stellenwert der politischen Magazine. Die ARD nehme zunehmend eine entscheidende Wächterfunktion ein. Dies sei das Kerngeschäft und es sei richtig und wichtig, dass es eine ganze Reihe von politischen Magazinen gibt. Die Trennung von Meinung und Information gelinge sehr gut.

Allerdings hat der Programmbeirat kein Verständnis, wenn Magazine mehrfach aus Gründen planbarer fiktionaler Stoffe ausfielen. Beispiele sind hierfür in diesem Jahr „Gladbeck und „Babylon Berlin“ sowie die Übertragung der „Bambiverleihung“ am 15.11.

Weiter wurde über die sozialen Medien diskutiert, die eine große Bedeutung für die politischen Magazine hätten. Manche Beiträge fänden in den sozialen Medien ein größeres Publikum als durch die lineare Verbreitung.

Der Programmbeirat beschließt daher, sich mit den sozialen Medien stärker zu befassen. Hierzu gehöre auch die Personalausstattung. Für die Pflege der sozialen Medien brauche es ausreichende Ressourcen.

Daher die Aufforderung an die Mitglieder des Programmbeirates sich für eine angemessene Personalausstattung der Redaktionen ihrer jeweiligen Rundfunkräte einzusetzen.

Bezüglich der Donnerstagskrimis berichtet der Programmbeirat, dass sich der Donnerstagabend als zweiter Krimiabend neben dem Sonntag im Ersten etabliert habe. Krimis mit regionalem Bezug seien eine gute Lösung für den Donnerstagabend.

Der Vorsitzende berichtet aus der GVK-Sitzung und aus der ARD-Hauptversammlung. Zu „Bericht und Leitlinien“ habe er in der GVK und in der Hauptversammlung die Position des Programmbeirates eingebracht, dass man das Papier kürzer und attraktiver gestalten und sich Gedanken über die Zielgruppe machen müsse. Diesem Vorschlag habe sich die GVK angeschlossen.

Herr Wilhelm habe in der Hauptversammlung die diesjährige Themenwoche „Ist das gerecht?“ vorgestellt. Die Intendanten hätten die Empfehlung ausgesprochen, auch positive Aspekte des Themas zu würdigen. Damit wäre die Anregung des Programmbeirates aufgenommen, im Sinne eines konstruktiven Journalismus auch über Positives zu berichten.

Für den Programmbeirat Brigitte Lange

Protokoll über die 620. Sitzung des Programmbeirats in München vom 8. / 9. Mai 2018

Herr Herres berichtet, der BR habe in der „ARD-Akzeptanzstudie 2018“ untersucht, wie viele Menschen die Angebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks erreichten. Laut der Studie werde der öffentlich-rechtliche Rundfunk innerhalb einer Woche von fast 95 % genutzt. Dies sei ein Wert, den kein anderes Medium erreiche.

Am 14. Mai soll das neue Vormittagsmagazin „Live nach neun“ starten, sehr stark serviceorientiert und mit Berichten aus den Regionen.

Der Programmbeirat befasste sich schwerpunktmäßig mit Kulturberichterstattung.

Dr. Scolik von 3Sat erläuterte, dass nur etwa acht bis zehn Prozent der Fernsehzuschauer sich grundsätzlich für Kultur interessierten. Deshalb pflege „Das Erste“ einen sehr weiten Kulturbegriff, der die aktuelle Kulturberichterstattung bis zur Alltagskultur alles einschließe.

Der Programmbeirat beobachtete „tvt-titel thesen temperamente“ vom 15.4. bis 6. Mai 2018. Alle Sendungen hatten einen Marktanteil von sieben bis acht Prozent. Der Programmbeirat bewertet „tvt“ grundsätzlich als unverzichtbar für das Erste, zumal es neben „Druckfrisch“ das einzige regelmäßige Kulturangebot im „Ersten“ sei. Herr Herres ergänzt, „tvt“ sei das erfolgreichste Kulturmagazin im Ersten.

Der Programmbeirat beobachtete das Europakonzert der Berliner Philharmoniker, das am 1. Mai 2018 im Markgräflichen Opernhaus in Bayreuth stattfand, einem der wenigen erhaltenen Theaterbauten des Barock. Vermisst habe man Informationen zu den Berliner Philharmonikern und zum Titel „Europakonzert“. Die Quote lag bei mageren 3,5 %, dennoch findet der Programmbeirat es wichtig, dass dieses Konzert übertragen wird. (rbb)

Geschichte im Ersten vom 9.4.2018

Ebenfalls beobachtet hat der Programmbeirat die Doku „die Slawen“, die leider erst ab 23.30 Uhr bis 0.15 Uhr gesendet wurde. Hier wurde die Geschichte der Slawen im Gebiet zwischen Elbe und Oder ab dem 7. Jahrhundert bis ins 12. Jahrhundert erzählt. Dies sei eine interessante und gut gemachte Dokumentation.

Der Programmbeirat stellt fest, das Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Experten sei ausgewogen gewesen, was selten genug der Fall sei. (mdr/rbb)

Die ARD mit ihren regionalen Bezügen sei prädestiniert solche Dokus zu erstellen. Der Programmbeirat ermutige die Geschichtsdredaktionen, sich auch älteren Stoffen zu widmen, die dazu beitragen, Deutschland besser zu verstehen.

Brigitte Lange für den Programmbeirat

Zögerliches Interesse an „24 Stunden Europas Jugend“

NDR-Intendant Marmor unterstrich bei seiner Begrüßung des Beirats die Zugehörigkeit Artes zur Senderfamilie und drückte seine Wertschätzung für den Kulturkanal aus. Angesprochen auf die Übernahme der 24stündigen Dokumentation von Arte über Europas Jugend in 2019 (der RBB hat hier den Hut auf) hielt er sich zwar bedeckt, sprach jedoch von wohlwollenden Signalen des ARD-Programmdirektors. Der RBB-Vertreter verwies darauf, dass die ARD gut beraten sei, angesichts ihrer andauernden Legitimationskrise europapolitisch Flagge zu zeigen. Bislange hat neben dem RBB und dem SWR erst ARD alpha Interesse an der Doku bekundet. Soweit zum Bekenntnis zur Senderfamilie...

Die Arte-Geschäftsführung berichtete von einer KEF-Tagung in Straßburg, auf der der Kulturkanal Rückenwind für sein Programm registrierte und Aufgeschlossenheit gegenüber seine Initiativen, u.a. bei der Partnerschaft mit Italien und dem Untertitelungsangebot. Erneut gab es eindrückliche Belege für die erfolgreiche Youtube-Strategie von Arte und der hohen Akzeptanz dort: Reportagen des RE:-Formats erreichten bis zu 1 Million Abrufe. Berichte über die Türkei, Israel und unterdrückte Minderheiten in Europa riefen regelmäßig Kritiker auf den Plan. Der Arte-Programmbeirat bat darum, über Kritik und Anfeindungen informiert zu werden.

Gute Noten erhielten die beobachteten Sendungen anlässlich des 200. Geburtstags von Karl Marx:
- „Karl Marx – der deutsche Prophet“ (ZDF/ARTE), 90 Min. ; „Karl Marx und seine Erben“ (WDR/ARTE), 52 Min.; - „Fetisch Karl Marx“ (ZDF/ARTE), 52 Min.

Nachdrücklich lobten Programmbeiratsmitglieder die Reportagen über verschleppte Frauen im sog. IS-gebiet „Sklavinnen des IS: Suche nach Gerechtigkeit“ (SWR) sowie die britische Miniserie „Three Girls: Warum glaubt uns niemand?“ über einen Missbrauchsskandal in Großbritannien.

Dieter Pienkny, für den RBB im Arte-Programmbeirat, 25. Juni 2018